

## Politische Handlungsfelder für den industriellen Mittelstand in Baden-Württemberg

Trotz und wegen Dienstleistungsgesellschaft und Digitalisierung: Deutschland bleibt ein Industrieland, das seinen Wohlstand zu großen Teilen seiner mittelständisch geprägten exportstarken Industrie verdankt. Einen besonderen Beitrag liefert dabei Baden-Württemberg mit seinem wettbewerbsstarken Mix aus großen Industrieunternehmen, zulieferndem Mittelstand und zahlreichen *hidden champions* im ländlichen Raum. Gerade der Strukturwandel des letzten Jahrzehnts hat gezeigt, dass diese klassischen Stärken und ihre räumliche Verteilung keineswegs verzichtbar sind, weil sie sich als die verlässlichsten Garanten von Wachstum und Beschäftigung in der Fläche erwiesen haben.

Im harten und oft oberflächlichen Meinungswettbewerb unserer Zeit, in der mehr mit Stimmungen als mit Fakten gearbeitet wird, muss es der mittelständischen Industrie besser gelingen, sich mit ihren berechtigten Anliegen in der Öffentlichkeit verständlich zu machen.

Wir müssen uns und anderen klarmachen:

- Die Grundwerte der Erhard'schen sozialen Marktwirtschaft müssen von den Menschen besser verstanden und von der Politik besser beherzigt werden. Privat geht vor Staat, Leistung muss sich für den Einzelnen lohnen, dann lohnt sie sich auch für unsere Gesellschaft. Eine gelebte soziale Marktwirtschaft ist die beste Mittelstandspolitik.
- Es gibt zu wenig Organisationen, die sich für die soziale Marktwirtschaft gebührend einsetzen, weil die politische Interessenvertretung der Industrie arbeitsteilig organisiert ist und der Einsatz für die soziale Marktwirtschaft nicht im Mittelpunkt steht.
  - Zum einen gibt es den Kreis der Industrie- und Handelskammern, Körperschaften öffentlichen Rechts mit staatlichem Auftrag. Es geht um regionale Wirtschaftsförderung.
  - Zum anderen gibt es das System der Arbeitgeberverbände, deren Aufgabenstellung sich um kollektives und individuelles Arbeitsrecht, Sozialpolitik und Bildung dreht. Es geht um den Unternehmer in seiner Rolle als Arbeitgeber.
  - Schließlich gibt es das System der Branchenverbände. Es geht um fachspezifische Themen in den einzelnen Industriebranchen.
- Die mittelständischen Industriebetriebe stehen quer zu dieser Ordnung, weil sich ihre täglichen Probleme nicht entlang dieser gewachsenen Zuständigkeiten oder dem föderalen Staatsaufbau präsentieren. Die meisten Unternehmen im Mittelstand sind zudem gar nicht organisiert. Der Mittelstand im ländlichen Raum – der wichtigste Leistungsträger in Baden-Württemberg – wird politisch oft nicht angemessen oder nur einseitig vertreten.

Das wollen wir ändern.

## **„Mittelstandspolitik“ alleine hilft uns nicht weiter**

Wenn man Mittelstandspolitik nicht als „Klientel-Politik“ oder gar „Minderheitenschutz“ begreift, sondern zur Kenntnis nimmt, dass der industrielle Mittelstand der weltweit verflochtene zentrale Leistungsträger, Exporteur und Arbeitsplatzgarant in unserer Volkswirtschaft ist, der auch weltweit unter großem Konkurrenz- und Innovationsdruck steht, dann werden mehr Politikfelder interessant. Die Themen, die typischerweise von sog. „Mittelstands-Beauftragten“ oder einem eng verstandenen „Branchen-Lobbying“ abgedeckt werden, verlieren an Bedeutung. Das Themenspektrum wird breit, passt aber besser zur Zukunftssicherung des industriellen Mittelstands.

Wir brauchen eine breit verstandene Mittelstandspolitik, sonst lösen wir unsere Probleme nicht.

## **Über unsere globale Wettbewerbsfähigkeit entscheiden Brüssel & Berlin**

Wirtschaftspolitisch relevante Entscheidungen werden längst mehr von Brüssel und Berlin beeinflusst als etwa von Stuttgart. Baden-Württemberg ist betroffen, aber zu wenig (sichtbar) beteiligt. Ministerpräsident und Fachminister müssen in ihren jeweiligen Gremien auf Bundesebene besser für eine marktwirtschaftliche Mittelstandspolitik werben. Dafür wollen wir sie gewinnen und motivieren.

Erreichen wir dies nicht, reduzieren wir (baden-württembergische) Mittelstandspolitik auf die Verteilung von Fördermitteln in einer immer weniger transparenten Clusterpolitik oder nach dem „Gießkannenprinzip“, die die aktuell gute Haushaltslage ermöglicht. Einem gesamthaften politischen Ziel, das eher auf günstige Rahmendaten für private unternehmerische Initiative als auf steuerfinanzierte Staatsaktivitäten setzt, folgt sie dabei aber nicht. Viele Unternehmer fordern immer deutlicher, dass wir von der Symbolpolitik zur ursachengerechten Problemlösung kommen müssen. Andere sind frustriert, und haben sich von der Politik oder ähnlich aufgezogener Verbandsarbeit verabschiedet. Das ist nicht gut!

Um die Zukunft für den industriellen Mittelstand zu sichern, brauchen wir übergreifende Allianzen in Stuttgart, Berlin und Brüssel, die sich für die folgende Agenda einsetzen.<sup>1</sup>

Freiburg, 15.06.2018

Präsidium der wvib Schwarzwald AG  
Thomas Burger, Präsident  
Matthias Dinse, Bernd Neugart, Bert Sutter  
Dr. Christoph Münzer, Hauptgeschäftsführer

---

<sup>1</sup> Die folgenden Positionen entstammen zum einen der täglichen Arbeit unserer über 50 hauptamtlichen wvib-Mitarbeiter mit über 1.000 industriellen wvib-Mitgliedsunternehmen, die ihrerseits mit weltweit 292.000 Beschäftigten einen globalen Umsatz von ca. 75 Mrd. Euro erwirtschaften. Unsere Unternehmen erfahren von benachteiligten oder praxisfremden Maßnahmen in der Regel erst, nachdem sie Gesetz geworden sind. Zum anderen finden sich nötige Reformmaßnahmen in zahlreichen Positionspapieren mehrerer Organisationen und Bundesverbände (Jahresgutachten des Sachverständigenrats, BDI, VDMA, ZVEI, Verband der Familienunternehmer, BDA, DIHK, ...), die hier aus der Sicht eines typischen Industrieunternehmens im Sinne einer ganzheitlichen Mittelstandspolitik zusammengefasst werden.

## Themen und Positionen des industriellen Mittelstands

- Leitbild Soziale Marktwirtschaft, Demokratie, Rechtsstaat
  - Reduzierung der Staatsverschuldung
  - Subventionsabbau, Erfolgskontrolle
  - Bürokratieabbau, Stärkung der Rolle des Normenkontrollrats
  - Deckelung der Staatsquote auf langfristig unter 40 % des BIP
  - Weniger konsumtive, mehr investive Ausgaben
  - Fokus auf Infrastruktur
  
- Leitbild Offene Märkte
  - Bedeutung von Freihandel erklären, Protektionismus bekämpfen
    - Freihandelsabkommen der EU
    - Eintreten für bilaterale Vereinbarungen, die, wie z. B. das EU-Investitionsabkommen mit China, tarifäre und nicht-tarifäre Handelshemmnisse beseitigen
  - Außenwirtschaftsbürokratie abbauen
    - Einfachere Exportfinanzierung für kleinere Unternehmen (Hermes-Bürgschaften, Banken, ...)
    - Vergleichbare Bedingungen bei der Finanzierung und Risikoabsicherung für OECD und Nicht-OECD-Länder
  
- Europa
  - EU-Reform voranbringen – Europa handlungsfähig machen
  - Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar definieren, Transparenz erhöhen
  - Zuständigkeiten der EU nach dem Subsidiaritätsprinzip neu ordnen und adäquat finanzieren
  - Verteidigungspolitik, innere Sicherheit und Flüchtlingspolitik europäisieren, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik national ausgestalten
  - EU demokratisieren, Einstimmigkeitserfordernis abschaffen, qualifizierte Mehrheiten ermöglichen
  - Voraussetzung für gemeinsame europäische Finanz- und Steuerpolitik sind effiziente Systeme auf nationaler Ebene
  - Keine Einschränkungen bei Entsendung von Arbeitskräften (Entsende-RL reformieren)
  - Zollbürokratie minimieren
  - Brexit – Handelsvertrag mit dem Vereinigten Königreich gestalten
  - Aufnahme neuer Mitgliedsländer nur bei Erfüllung der Konvergenzkriterien
  - Mechanismus entwickeln, um Austritte aus der Eurozone grundsätzlich zu ermöglichen
  - Ohne politische Union keine Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken mit Budget- und Kontrollrechten auf europäischer Ebene

- Innovationspolitik
  - Staatliche Förderung grundsätzlich technologieoffen anlegen (siehe Steuerpolitik)
  - Keine dirigistische Förderung/Bestrafung einzelner Technologien,<sup>2</sup> sondern Festlegung, Kontrolle und Durchsetzung von Schwellenwerten (siehe Umweltpolitik)
  
- Steuerpolitik
  - Rückführung ertragsunabhängiger Steuern
  - Reform des Einkommensteuertarifs
    - Abflachung des sog. „Mittelstandsbauchs“
    - niedrigere Grenzsteuersätze, keine Gegenfinanzierung über höheren Spitzensteuersatz
  - Abschaffung der Erbschaftsteuer
  - Reform der Gewerbesteuer
  - Stärkung von Investitionen und Innovationen
    - Wiedereinführung der 25%igen degressiven Abschreibung auf Anlageinvestitionen
    - Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung für alle Unternehmen
  - Faire Regelungen für international tätige Unternehmen zur Eindämmung von Gewinnverlagerungen (BEPS)
  - Mehr Transparenz bei Doppelbesteuerungsabkommen und beim Thema „Verrechnungspreise“
  - Marktgerechte Verzinsung von Steuerforderungen und Pensionsrückstellungen
  - Angemessene Verlustverrechnungsmöglichkeiten für operativ entstandene Verluste – Beibehaltung des ungekürzten Verlustvortrags, Abschaffung Mindestbesteuerung, Ausweitung Verlustrücktrag
  
- Digitalisierung
  - Digitale Infrastruktur flächendeckend und leistungsstark ausbauen
  - 1 GBit/sec, so schnell wie möglich
  - Vectoring ist Brückentechnologie
  - Symmetrische Up- und Downloadraten
  - Geringe Latenz bei der Datenübertragung
  - Bundesweite mobile Verfügbarkeit (Ausbau 5G)
  
- Umweltpolitik
  - Bevorzugung marktwirtschaftlicher Instrumente im Umweltschutz

---

<sup>2</sup> Der Staat hat in den letzten Jahrzehnten die Technologien Nuklear und Diesel massiv gefördert, um danach das genaue Gegenteil zu tun. Eine technologieoffene Förderung nutzt marktwirtschaftliche Instrumente, um Unternehmer auf das Thema Innovation anzusetzen und weniger staatliche Stellen.

- Entwicklung internationaler Standards und Harmonisierung in Gesetzgebung und Vollzug unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips
- Sach- und fristgerechte Eins-zu-eins-Umsetzung europäischer Vorschriften in nationales Recht, keine nationalen Sonderwege
- Anpassung des Umweltrechts auf ein notwendiges Mindestmaß
- Bürokratieabbau durch weniger Dokumentationspflichten
- Vollständige Harmonisierung der Umwelтанforderungen im Kontext der produktbezogenen Richtlinien
- Lebenszyklusübergreifende Produktbetrachtung
- Designanforderungen durch produktbezogenen Umweltschutz mit Augenmaß formulieren
- Eindämmung der Kennzeichnungsflut
- Anerkennung von freiwilligen Systemen zur Umweltverbesserung und Berichterstattung
- Stärkung der Betreiberverantwortung und Sicherung des Bestandsschutzes bei der Neugestaltung von Regelungen im betrieblichen Umweltschutz
- Gleichbehandlung von EMAS und ISO 14001 bei Verwaltungserleichterungen für Betriebe mit zertifizierten Umweltmanagementsystemen
  
- Tarifpolitik: Weiterentwicklung des Flächentarifvertrages
  - Größere betriebliche Gestaltungsspielräume
  - Reduzierung auf echte Mindestbedingungen
  - Stärkere Tarifspreizung im Niedriglohnbereich
  - Anpassung des Entgelt- und Sicherungssystems an einen variablen, tendenziell späteren Ausstieg aus dem Berufsleben
    - behutsame Abkehr vom Senioritätsprinzip
    - weiterer Ausbau der „Flexi-Rente“
  
- Soziale Sicherung
  - Sozialkassen nicht zweckentfremden für Aufgaben der allgemeinen staatlichen Fürsorge; Umverteilung/Sozialausgleich im Steuer- und Transfersystem
  - Strikte Beachtung des Subsidiaritätsprinzips – Beschränkung der staatlich verordneten sozialen Sicherung auf die Abdeckung der Grundrisiken Altersarmut, Krankheit und Arbeitslosigkeit
  - Lohnzusatzkosten signifikant unter 40 % halten
  - Reform der Rentenversicherung
    - Stabilisierung der gesetzlichen Rente zu einer Grundsicherung unter Wahrung bereits erworbener Anwartschaften
    - Renteneintrittsalter flexibilisieren; Anreize für freiwilligen späteren Renteneintritt setzen

- Frühverrentung begrenzen, versicherungsmathematisch korrekte Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn
    - Ermutigung zu kapitalgedeckter Eigenvorsorge und betrieblicher Altersversorgung
  - Reform der Krankenversicherung
    - Wettbewerb zwischen den Kassen, keine Bürgerversicherung
    - Entkoppelung von Arbeitsverhältnis und Versicherung – GKV-Beiträge in Form einer Bürgerpauschale
    - Missbrauch von Krankenkassen begrenzen, bessere Anreize für kostenbewusstes Verhalten der Patienten durch Leistungstransparenz und Selbstbeteiligung
  - Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II an den Erfordernissen des Niedriglohnbereichs ausrichten
    - Beachtung des Lohnabstandsgebots
    - Anreize zur Arbeitsaufnahme durch bessere Hinzuverdienstmöglichkeiten beim Arbeitslosengeld II
- Arbeitsmarktpolitik
  - Flexibilität des Arbeitsmarktes erhalten und ausweiten
  - Koalitionsfreiheit schützen – keine systematische Benachteiligung nicht-tarifgebundener Unternehmen
  - Keine weitere Regulierung von Zeitarbeit und Befristungen
  - Reform des Kündigungsschutzes mit optionaler Abfindung
  - Arbeitszeitgesetz anpassen – Ruhezeiten flexibilisieren, von täglicher auf wöchentliche Höchstarbeitszeit umstellen, keine Privilegierung der Tarifpartner, KMU-taugliche Umsetzung
  - Home-Office, Gleitzeit, Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Jobsharing oder Weiterbildung – Ausgangspunkt müssen individuelle Lösungen sein
  - Werk- und Dienstverträge als Grundlage für Wissens- und Innovationsnetzwerke in einer arbeitsteiligen Wirtschaft anerkennen
  - BetrVG überarbeiten – keine Ausweitung der Mitbestimmung
  - Legalisierung betrieblicher Bündnisse für Arbeit
- Fachkräftesicherung
  - Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen stärken
  - Technik-, IKT-Kompetenzen und Berufsorientierung stärken
  - Duale Ausbildung erhalten und stärken
  - Berufsstand der Facharbeiter wertschätzen
  - Beruflich erworbene Kompetenzen besser anerkennen
  - Qualität der Lehre in den Ingenieurwissenschaften verbessern und Abbruchquoten ohne Qualitätsverlust reduzieren
  - IKT-Kompetenzen (Industrie 4.0) erhöhen

- Praxisorientierung im Studium erhöhen
  - Fähigkeit zum lebenslangen Lernen vermitteln
  - Generationenübergreifenden Wissenstransfer sicherstellen
  - Mehr junge Leute innerhalb der Schullaufbahn zum Abschluss führen
  - Mehr Ganztags- und Betreuungsangebote
  - Qualifizierte ältere Mitarbeiter länger beschäftigen
  - Qualifizierte Zuwanderung/Flüchtlinge
  - Asylsuchende mit Bleiberecht qualifizieren und ihnen den schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen
  - Investitionen in Ausstattung und Gebäude an Schulen und Hochschulen
- Frauenförderung
    - gezielte Qualifizierung für Führungspositionen
    - Vereinbarkeit von Familie und Beruf entlang mittelständischer Möglichkeiten
    - Keine zusätzlichen bürokratischen Belastungen
      - z. B. keine Einführung einer „Anti-Stress-Verordnung“
      - kein Entgeltgleichheitsgesetz

Die Mitglieder der wvib Schwarzwald AG wünschen sich eine starke und mittelständisch geprägte politische Vertretung in Stuttgart, Berlin und Brüssel und Organisationen der Wirtschaft, die stärker noch als bisher die drängenden wirtschaftspolitischen Fragen der mittelständischen Industrien vom ländlichen Raum in den öffentlichen Raum bringen. Wir wollen uns gegenüber Bundes- und Landesregierung, Fachministerien und in der Öffentlichkeit als kritisch-konstruktive Gesprächspartner präsentieren. Richtschnur ist die Erhard'sche Soziale Marktwirtschaft, von der wir uns auch und gerade bei guter Konjunkturlage nicht verabschieden dürfen, wenn wir auch in Zukunft Globalisierung und sozialen Ausgleich bewältigen wollen.

Der wvib steht bereit, diesen Kurs stärker einzufordern und öffentlich mitzutragen.